

Rudolf MUMENTHALER, Karsten SCHULDT

## **Was macht gute Bibliothekspolitik aus? Ein Seminarbericht**

### **Zusammenfassung**

Im Rahmen eines Seminars an der HTW Chur wurden Möglichkeiten und Grenzen von Bibliothekspolitik in der Schweiz erläutert. Ausgehend von wenigen Fällen, bei denen es zu Protesten oder anderen Aktivitäten gekommen ist, wurden Akteurinnen und Akteure und ihr Einfluss untersucht, mögliche politische Instrumente analysiert und diskutiert, wie sich Bibliotheken aktiv beteiligen können. Im Ergebnis stellte sich heraus, dass Netzwerke in die Gesellschaft und die Politik von großer Bedeutung sind. Im Falle eines Konflikts (Budgetkürzung, geplante Schließung etc.) kann sich dieses Netzwerk mit Hilfe der geeigneten politischen Instrumente für die Bibliothek einsetzen. Die Mobilisierung der Bevölkerung, die in den untersuchten Fällen klar auf der Seite der Bibliotheksanliegen war, ist dabei ein entscheidender Erfolgsfaktor.

Schlüsselwörter

Bibliothek; Bibliothekspolitik; Netzwerk; Einflussanalyse

## **What constitutes as effective Library Politics? A report of an educational project**

### **Abstract**

The possibilities and limits of Library Politics in Switzerland were part of an educational project at the University of Applied Sciences Chur. Using a small set of examples, in which protests and other activities took place, possible political instruments opportunities for engagement of libraries were analyzed. It became clear that networks with the society and into the official political scene are essential. In case of an emerging conflict these networks can use the political instruments suited for the situation in favor of the library. Mobilization of the public at large, which stood at the side of the library in all of the examples studied, is of utmost importance.

Keywords

Library; Library Politics; Network; effect analysis

### **1 Einleitung**

Folgender Text basiert auf den Arbeiten, die in einem Seminar am Schweizerischen Institut für Informationswissenschaft (HTW Chur) unternommen wurden. Thema des Seminars war Bibliothekspolitik, insbesondere Aktivitäten gegen die geplante Schließung von Bibliotheken. Ziel war es, hauptsächlich für den schweizerischen Kontext, herauszuarbeiten, ob es ähnliche

Strukturen bei Protesten und anderen politischen Aktivitäten zum Erhalt von Bibliotheken gab. Auf der Basis dieser Struktur sollten Empfehlungen für Bibliotheken gegeben werden, die sich einer solchen Situation gegenüber sehen. Nicht betrachtet wurden andere Formen der Bibliothekspolitik, beispielsweise im Kontext von Verbänden. Im folgenden Text fassen die beiden Dozierenden dieses Seminars die Ergebnisse zusammen; es soll aber betont werden, dass diese nur auf der Basis der beteiligten Studierenden sowie der Gastdozierenden Cornel Dora und Heike Stadler entstehen konnten.

## **2 Vorgehen und Datenbasis**

In der Grundkonzeption sollte im Seminar mit Berichten von Protesten gegen die Schließung von Bibliotheken in Berlin (Schuldt 2008a, 2008b) und in Luzern-Ruopigen, einem Vortrag zur Politik hinter der Bibliotheksinitiative St. Gallen in schweizerischen Kontext (Dora 2013, 2012) sowie anschließenden Diskussionen die Gemeinsamkeiten und auffälligen Unterschieden zwischen diesen Protesten sowie erste Strukturen der Bibliothekspolitik im Bezug auf diese Proteste herausgearbeitet werden. Fragen waren zum Beispiel, welche politischen Instrumente benutzt wurden, welche Akteure an welchen Entscheidungen beteiligt waren, welche Entscheidungen wann getroffen und vielleicht auch widerrufen wurden.

Da es zum Beispiel der geplanten Schließung der Bibliothek Ruopigen keine Dokumentation gibt,<sup>1</sup> sei der Fall hier noch kurz erläutert: Bei der Bibliothek Ruopigen handelt es sich um eine Quartierbibliothek der Stadt Luzern. Vor der Fusion der Gemeinden Luzern und Littau im Jahre 2010 hatte sie den Status einer Gemeindebibliothek inne gehabt. Im Rahmen des Sparpakets für das Budget 2013 beschloss der Luzerner Stadtrat, die Bibliothek zu schließen. Im Parlament wurde dieses Budget angenommen, die Schließung der Bibliothek nicht diskutiert. Aktiv wurde dafür der Quartierverein Reussbühl, der mit Hilfe einer Volksmotion, einem in der Stadt Luzern möglichen politischen Instrument, die Bevölkerung mobilisieren und schließlich das Parlament umstimmen konnte. Mit der Annahme der Volksmotion durch das Stadtparlament musste der Stadtrat die Schließung rückgängig machen.

Auf der Basis dieser ersten Diskussionen sollten die Studierenden, organisiert in Arbeitsgruppen, ähnliche Protest für andere schweizerische Bibliotheken analysieren.

In einem Prozess, der aus der Vorstellung der jeweiligen Arbeitsergebnisse und weiteren Diskussionen zur Systematisierung der gesammelten Ergebnisse bestand, sollte die weiter oben angesprochene Empfehlung für die schweizerischen Bibliotheken entstehen, wobei davon ausgegangen wurde, dass sich die meisten Empfehlungen auch auf andere Länder übertragen lassen würden. Soweit Zeit vorhanden war, wurden weitere Beispiele für diese Form von Bibliothekspolitik beispielsweise das Advocacy Toolkit der Canadian Library Association (ohne Jahr).

Sehr schnell wurde allerdings sichtbar, dass sich in der Schweiz kaum Beispiele für Proteste zum Erhalt von Bibliotheken finden lassen. Die Studierenden untersuchten stattdessen Auseinandersetzungen über den möglichen Neubau beziehungsweise die Sanierung der Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern, den Umbau von Bibliotheken sowie einem schon seit längerer Zeit vergangenen, nicht erfolgreichen Protest in Lausanne. Eine erste Erkenntnis des Seminars war, dass sich, trotz aller negativen Vermutung in bibliothekarischen Diskussionen, die Situation zumindest für öffentliche Bibliotheken (Gemeindebibliotheken und Schulbibliotheken) in der Schweiz relativ gut darstellt. Die politischen Auseinandersetzungen drehen sich offenbar weniger darum, ob Bibliotheken geschlossen werden, sondern wie und wann sie erweitert werden. Die Situation in Lausanne und Luzern, bei der es Proteste gegen

eine Schließung gab, war offenbar sehr stadtspezifisch.

### **3 Netzwerk, Apéro, Resolution: Gemeinsamkeiten**

Betrachtet man die im Seminar diskutierten Beispiele, ergeben sich dennoch eine Anzahl von sich wiederholenden Strukturen, aus denen sich Empfehlungen für Bibliotheken ableiten lassen.

#### **3.1 Wann beginnen?**

Bibliothekspolitik, so zumindest der Eindruck, der sich aus dem Seminar ergab, beginnt zumeist sehr spät. Proteste regen sich meist erst dann, wenn sie im politischen Prozess gar nicht mehr vorgesehen sind. Oft wird von politischen Akteuren auch über Bibliotheken entschieden, ohne diese in Entscheidungsprozesse zu integrieren.

Politische Prozesse, so wurde klar, funktionieren zumeist außerhalb der Wahrnehmung von Öffentlichkeit und Bibliotheken. Zwar gibt es in der Schweiz etablierte Formen der Mitbestimmung und der Einflussnahme, beispielsweise über Anfragen in lokalen Parlamenten oder Vernehmlassungen, die es ermöglichen sollen, dass die Öffentlichkeit an politischen Entscheidungen beteiligt ist. Aber diese Formen setzen voraus, dass Themen auch bekannt werden. Das ist selten der Fall. Politik und Verwaltungen, so lassen einige Beispiele aus dem Seminar vermuten, scheinen unter dem Einfluss zu arbeiten, dass ihre Entscheidungen öffentlich seien und deshalb die Betroffenen sich zum gegebenen Zeitpunkt melden würden, wenn es Widerspruch gäbe. Dies ist allerdings nicht der Fall. Gerade im parlamentarischen Prozess finden offenbar viele Entscheidungen statt, die erst im Nachhinein bei der Umsetzung bekannt werden. Dies führt dazu, dass Protest oder Widerspruch sich oft erst dann entwickelt, wenn die Umsetzung der Entscheidungen ansteht.

Grundsätzlich scheint es für Bibliotheken sinnvoll zu sein, die Orte, an denen Entscheidungen über sie getroffen werden, beständig zu beobachten, um gegebenenfalls intervenieren oder andere zur Intervention anregen zu können. Ein gutes Netzwerk erleichtert dies: Finden sich zum Beispiel in den Parlamenten Personen, welche die Bibliothek aktiv darauf hinweisen, wenn Entscheidungen anstehen, wäre dies hilfreich.

#### **3.2 Netzwerke herstellen**

Allerdings müssen solche Netzwerke aktiv geknüpft werden. Wie weiter oben schon erwähnt, haben Bibliotheken in der Schweiz einen relativ guten Stand, werden aber immer wieder bei Entscheidungen übergangen. Etats werden über den Kopf der Bibliotheken hinweg verändert, Entscheidungen über den Ausbau von Bibliotheken getroffen, ohne die Notwendigkeit mit den Bibliotheken selber zu besprechen. Bislang führt dies für Bibliotheken in der Schweiz zu guten Ergebnissen. Allerdings zeigt ein Blick in das angrenzende Ausland, dass dies nicht unbedingt so bleiben muss. Gleichzeitig sind Bibliotheken so nur wenig in der Lage, die eigene Entwicklung aktiv mit zu gestalten.

Insoweit scheinen Netzwerke sowohl mit der lokalen Politik als auch Gesellschaft – wobei die Grenzen zwischen beiden fließend sind – notwendig und sinnvoll. Wir haben im Seminar mehrere funktionierende Netzwerke betrachtet, allerdings ist daraus nicht ersichtlich geworden, wie genau ein solches herzustellen ist. Offensichtlich sind die lokalen Voraussetzungen prägend. Während beispielsweise Cornel Dora die erfolgreiche Strategie der Bibliotheksinitiative St. Gallen mit „Apéro, Apéro, Apéro“ zusammenfasste, womit er das

beständige Zusammentreffen mit politische Verantwortlichen bei allen möglichen Veranstaltungen meinte, basierte der Erfolg in Luzern-Ruopigen auf dem Netzwerk des lokalen Quartiervereins Reussbühl, der sich als politische Vertretung des Ortsteils ansieht, und nicht auf einem Netzwerk der Bibliothek, wobei bei diesem Verein wiederum die persönlichen Verbindungen einzelner Akteure von entscheidender Bedeutung war. Im Seminar wurden zahlreiche Vermutungen dazu angestellt, wie ein solches Netzwerk aussehen und wie es hergestellt werden könnte, ob es formal oder nicht-formal organisiert sein könnte, wer an einem solchen Netzwerk beteiligt sein sollte. Konsens bestand darin, dass es schon bestehen sollte, bevor es für die politische oder gesellschaftliche Einflussnahme aktiviert werden müsste und nicht erst in dem Moment, in welchem ein Protest notwendig wird. Dies heißt allerdings auch, dass das Netzwerk, insbesondere wenn es in solchen Formen wie Freundeskreisen – zum Beispiel bei der Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern – organisiert sind, Aufgaben und Projekte benötigen, die sie in nicht-konfliktträchtigen Zeiten bearbeiten. Teilweise kann dies heißen, Entscheidungen über die Bibliotheksentwicklung an solche formalisierten Netzwerke abzutreten.

### **3.3 Parteien und parlamentarisches Wissen**

Weiterhin wurden Netzwerke als sinnvoll angesehen, die überparteilich organisiert sind. Bei den betrachteten Beispielen stellte sich als Grundstruktur heraus, dass die in der Schweiz als Linksparteien geltenden Sozialdemokratische Partei (SP) und die Grüne Partei (GP) grundsätzlich für die Bibliotheken eintraten und stimmten, die Parteien rechts der Mitte, Schweizerische Volkspartei (SVP) und die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP), eher gegen die Interessen der Bibliotheken argumentierten. Entscheidend für den Erfolg waren in vielen Beispielen die Mitteparteien Freisinnige Partei (FPD, Die Liberalen), die Christdemokratische Volkspartei (CVP) und die Grünliberale Partei (GLP), deren Positionen eher wechselnd waren. Gleichzeitig fanden sich auch Beispiele, die diesem Trend widersprachen, insbesondere weil einzelne Vertreterinnen und Vertreter der SVP für bestimmte Bibliotheken eintraten. Offenbar spielen lokale Interessen oder auch bestimmte Argumentationen – beispielsweise die Bibliothek als Ort der Traditionspflege – für die Haltung zu Bibliotheken eine Rolle.

Während sich Bibliotheken also in gewisser Weise auf die Linksparteien „verlassen“ können, scheint es, dass strategisch gesprochen aktive Überzeugungsarbeit und Lobbying vor allem bei Vertreterinnen und Vertretern der Mitteparteien sinnvoll sind. Im schweizerischen Zusammenhang heißt dies, dass die Bibliotheken in den größeren Städten einen weit besseren Stand haben. Die großen Städte (Zürich, Basel, Bern, Genf, Lausanne, Winterthur etc.) sind traditionell von einer Dominanz linker Parteien geprägt, mittelgroße Städte (Luzern, St. Gallen, Lugano, Biel, Chur etc.) von Koalitionen aus linken und liberalen. Im Umkehrschluss stellt sich allerdings die Frage, wie Bibliotheken im ländlichen Raum darauf reagieren können. Sollten sie sich zum Beispiel eher der Traditionspflege widmen, um den Positionen rechter Parteien zu entsprechen? Es gab es im Seminar einen Konsens, dass dies nicht die alleinige Strategie darstellen kann, sondern eine politische Argumentation, die auf alle politischen Richtungen und vor allem Vorbehalte eingeht, sinnvoller ist. Dabei herrschte die Meinung vor, dass Bibliotheken solche Argumentationen für alle politischen Richtungen entwickeln können, da sie ein breites Arbeitsfeld abdecken.

Als wichtig stellte sich heraus, in den Netzwerken Personen zu finden, die mit den Möglichkeiten und Instrumenten der schweizerischen Politik vertraut sind. Mehrfach wählten Netzwerke für ihre Interventionen parlamentarische Mittel (Bibliotheksinitiative St. Gallen die

Volksinitiative, Luzern-Ruopigen die Volksmotion, der Freundeskreis der ZHB Luzern die Petition und die Grüne Partei Luzern die Volksinitiative). Es zeigte sich im Seminar, dass die Bandbreite der Möglichkeiten der politischen Intervention sowie die Möglichkeiten und Konsequenzen der einzelnen Mittel kaum bekannt sind. Zudem unterscheiden sich diese Mittel in den einzelnen Kantonen und Gemeinden. Erfolgreiche Interventionen bedürfen offenbar eines Wissens um die Möglichkeiten und zwar im jeweiligen lokalen Rahmen. Bei den drei genannten Netzwerken war dieses Wissen zufällig in Form je einer Person vorhanden. Grundsätzlich scheint es sinnvoll, wenn dieses Wissen aktiv und im Vorfeld von politischen Entscheidungen bekannt ist.

Gerade das Beispiel der ZHB Luzern zeigt eine weitere Komplexität, die aber auch in St. Gallen prägend war: die Zuständigkeit von Kanton und Gemeinde. In St. Gallen hat die dortige Bibliotheksinitiative den Weg über eine kantonale Initiative für das ursprüngliche Ziel, einen Bibliotheksneubau in der Stadt St. Gallen durchzusetzen, gewählt. Damit die Kantonsbevölkerung von der Idee überzeugt werden konnte, musste auch der Fokus der Initiative verändert werden. Im Ergebnis ist ein Bibliotheksgesetz geschaffen worden, das die Interessen der kleineren Gemeinden stark berücksichtigt. In Luzern sah man sich mit einer sehr komplizierten Interessenlage konfrontiert. Der Graben verläuft hier nicht nur entlang parteipolitischer Positionen, sondern auch zwischen Stadt und Kanton. So hat der konservativ geprägte Kantonsrat die früher beschlossenen Renovation der ZHB gestoppt und aus Spargründen einen Neubau gefordert. Die städtischen Vertreter wiesen diesen Vorschlag aber klar zurück, weil er einen zu großen Eingriff in das Stadtbild zur Folge hätte. Die Entscheidung lag nun bei den Stadtluzerner Stimmbürgerinnen- und Bürgern, die am 28. September 2014 über eine Volksinitiative zur Rettung der ZHB (faktisch einer Unterschutzstellung des Gebäudes) abstimmen konnten – und diese mit 75% Ja-Stimmen deutlich annahmen.

Denkbar sind auch Konflikte zwischen Exekutive und Legislative. So hat im Beispiel Luzern-Ruopigen das Stadtparlament mit Annahme der Volksmotion die Stadtregierung zum Rückzug des Schließungsentscheidungs der lokalen Bibliotheksfiliale gezwungen.

### **3.4 Akteurinnen und Akteure**

Bei der Analyse der Beispiele fielen im Seminar sehr schnell zwei Dinge auf: Die jeweils betroffenen Bibliothekarinnen und Bibliothekare sind nur selten aktiv beteiligt und die erfolgreichen Aktivitäten werden oft von Personen getragen, die gesellschaftlich gut vernetzt sind.

Der erste Punkt wurde immer wieder diskutiert, da er uns einigermassen erstaunte. Zu Beginn des Seminars hatten wir erwartet, dass sich die Kolleginnen und Kollegen, die von Entscheidungen bezüglich ihrer Bibliothek betroffen sind, auch öffentlich äußern. Anekdotisch wissen wir, dass sie sich über die Entscheidungen informieren und Meinungen bilden, allerdings scheinen sie nicht damit nach außen an die Öffentlichkeit zu treten. Vermutet wurden von uns Vorgaben der jeweils vorstehenden Verwaltung, die solche Äußerungen untersagt haben könnte. Dies traf, soweit wir es beobachten konnten, bei beiden untersuchten Luzerner Beispielen zu. Zudem fanden sich aber auch Beispiele, in denen die Kolleginnen und Kollegen sich ohne jede negative Rückwirkung äußerten, unter anderem in der Abwendung einer geplanten Bibliotheksfusion in Köniz. Bis zum Ende des Seminars konnten wir dieses Phänomen nicht aufklären. Eventuell ist aber das Gefühl von einzelnen Kolleginnen und Kollegen, nicht erfolgreich an politischen Entscheidungen partizipieren zu können oder zu dürfen, zu sehr verbreitet. Dies ist zwar bei einem basisdemokratisch orientierten Land wie

der Schweiz erstaunlich, würde aber zumindest eine Erklärung liefern.

Vorderhand scheinen allerdings vor allem Personen, die nicht in der betroffenen Bibliothek beschäftigt sind – was nicht immer heißt, dass sie nicht anderswo als Bibliothekarinnen oder Bibliothekare arbeiten –, die Interventionen zugunsten von Bibliotheken initiieren. Dass dabei Personen, die weit vernetzt sind und auch an anderen politischen Entscheidungen teilhaben, einen großen Einfluss auf den Erfolg von politischen Entscheidungen, die Bibliotheken betreffen, haben, ist wenig erstaunlich. Entscheidend ist dabei der Informationsvorsprung, den man sich als Bibliothek oder Aktive und Aktiver in einem Netzwerk erwerben kann. So kann verhindert werden, dass Aktivitäten für Bibliotheken begonnen werden, bevor es für eine politische Diskussion und für Maßnahmen nicht zu spät ist.

Allerdings wirft das Papier die Frage auf, wer welchen Einfluss hat. Gibt es vielleicht eine Differenz zwischen den Personen, welche die Bibliothek benutzen, aber wenig Einfluss haben – beispielsweise weil sie kein schweizerisches Bürgerrecht haben und deshalb nicht abstimmen dürfen, weil sie zu jung sind oder aber aus niedrigen Sozialschichten stammen – und denjenigen, welche die Möglichkeit haben, Entscheidungen auf politischer Ebene zu treffen? Dieses Thema scheint sich für weitere Nachforschungen anzubieten, auch weil es Fragen der sozialen Gerechtigkeit berührt und wieder dazu führt zu fragen, ob Bibliotheken sich stärker für eigene Anliegen engagieren dürfen und sollten, als sie es bislang tun.

### **3.5 Einflussanalyse**

Mehrere Beispiele zeigten, dass die Bevölkerung den Anliegen der Bibliotheken grundsätzlich positiv gegenübersteht. Es fiel in den untersuchten Fällen relativ leicht, Unterschriften zu sammeln oder gar Abstimmungen zu gewinnen. Nur fällt es den Bibliotheken und ihren Interessenvertretern oft schwer, frühzeitig entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Es lohnt sich auch im Hinblick auf die Unentschlossenen unter den politischen Vertretern, die Bevölkerung zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Unter dem Druck der Bevölkerungsmeinung – insbesondere vor dem Hintergrund der jeweils nächsten Wahlen – scheinen sich diese Politikerinnen und Politiker relativ leicht für die Anliegen der Bibliothek gewinnen lassen.

Im Seminar wurde versucht, für die einzelnen Beispiele jeweils eine Einflussanalyse durchzuführen, das heißt, es wurden die wichtigsten Akteure und Akteurinnen daraufhin untersucht, wie groß ihr Einfluss ist und wie stark sie beeinflussbar sind. Gerade die Einschätzung der Beeinflussbarkeit ist dabei sehr schwierig, da sie von vielen Faktoren abhängig ist. Als Ergebnis lässt sich hier festhalten, dass für Bibliotheken die Einflussnahme über einen gut vernetzten Freundeskreis am erfolgversprechendsten ist. Zudem dürften über bibliotheksfreundliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Parlamente leichter zu beeinflussen sein als die Exekutiven. Die Bevölkerung ist zwar schwer zu mobilisieren, doch ist ihr Einfluss in der direkten Demokratie natürlich sehr hoch. Eine Generalisierung dieser Einflussmatrix ist jedoch nicht möglich. Die Konstellationen sind von Fall zu Fall zu unterschiedlich.

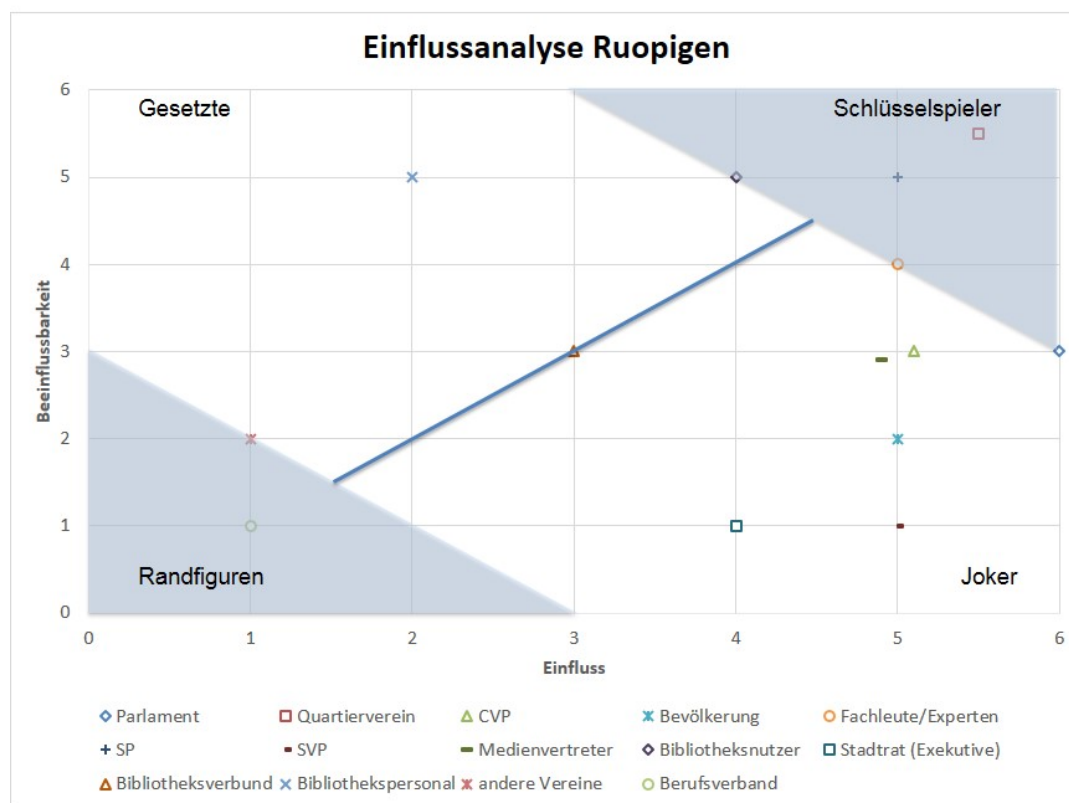


Abb. 1: Einflussanalyse am Beispiel Luzern-Ruopigen (eigene Darstellung)

### 3.6 Bibliotheksverband

Eine Frage, die im Seminar ebenso immer wieder auftauchte, war die nach der möglichen Rolle des Bibliotheksverbandes. Der Verband Bibliothek Information Schweiz (BIS) sucht in der Schweiz, ebenso wie andere Verbände in anderen Ländern, nach Möglichkeiten, die Situation von Bibliotheken zu verbessern (Canadian Library Association, ohne Jahr). Eine Bibliotheksinitiative Schweiz, die an den Erfolg in St. Gallen anschließen und in anderen Kantonen Bibliotheksgesetze initiieren wollte, scheint eingestellt zu sein. Mithilfe einer Imagekampagne (Bibliofreak Schweiz, ohne Jahr), will der BIS Personen für ein Engagement für Bibliotheken motivieren.

Klar wurde im Rahmen des Seminars, dass der Bibliotheksverband allein Initiativen nicht erfolgreich lancieren, sondern immer nur lokal getragene Initiativen unterstützen kann. Ohne Ergebnis wurden im Seminar unterschiedliche Formen diskutiert, mit denen sich der Bibliotheksverband in solche Prozesse einbringen könnte: als Expertenorganisation, als Beratungseinrichtung, die dann in Erscheinung tritt, wenn sie angesprochen wird, als Initiatorin. Auch die Rolle des Bibliotheksverbandes blieb am Ende offen, aber es wurde klar, dass ihm eine mögliche Rolle zugesprochen wird, die mit den Bibliotheken gemeinsam entwickelt werden muss.

## 4 Fazit

Grundsätzlich wurde im Rahmen des Seminars bedauert, dass die Erfahrungen von Protesten oder Interventionen in politische Prozesse, die Bibliotheken betreffen, kaum dokumentiert werden. Alle Beispiele mussten erst aufwändig recherchiert werden. Ausnahmen stellten nur diejenigen Fälle dar, an denen die Dozierenden (Berlin – Schuldt, Luzern-Ruopigen – Mumenthaler, St. Gallen – Dora) beteiligt waren. Es herrschte der Eindruck vor, dass viele Erfahrungen aus Protesten und politischen Aktivitäten verloren gehen. Eine Dokumentation von Erfolgsgeschichten hingegen könnte eine positive Haltung bezüglich der eigenen politischen Möglichkeiten unter Bibliotheken verbreiten. Wenn sichtbar wird, dass Bibliotheken Möglichkeiten haben, in die sie betreffenden Entscheidungen zu intervenieren und dass sie dabei zumeist von großen Teilen der Öffentlichkeit unterstützt werden, könnte dies dazu führen, dass sie es auch öfter tun.

Wichtig wäre zudem, eine ähnliche Untersuchung für andere Staaten zu unternehmen. So war zum Beispiel offensichtlich, dass in der Schweiz einerseits die politische Struktur von linken, liberalen und konservativen Parteien fast durchgängig relevant war. In anderen Staaten sind Parteien anders strukturiert, so dass sich die Frage stellt, wie sich diese Strukturen auf die Möglichkeiten von Bibliothekspolitik auswirken. Zudem waren die Entscheidungen im Bezug auf Bibliotheken in der Schweiz immer wieder darauf konzentriert, die Verwaltung oder die Parteien und Parlamente zu beeinflussen. Dies ist kongruent mit anderen politischen Initiativen in der Schweiz, auch weil Parteien und einzelne Politikerinnen und Politiker weiterhin eine hohe Bedeutung im öffentlichen Meinungsbildungsprozess zukommt. Allerdings haben sich in anderen Staaten andere Formen politischer Prozesse herausgebildet, auch die politischen Instrumentarien unterscheiden sich stark. Zu fragen wäre, wie sich dies auf Bibliothekspolitik auswirkt.

Zusammenfassen lassen sich die Ergebnisse über Bibliotheksproteste, die im Rahmen des Seminars gewonnen wurden, wie folgt:

1. Bibliotheksproteste sind erfolgreich, wenn sie lokal orientiert sind, auf lokale Netzwerke zurückgreifen können und die Möglichkeiten der politischen Partizipation nutzen, die lokal und gesellschaftlich gegeben sind. So scheinen zum Beispiel Bibliotheksbesetzungen in der Schweiz eher kein gesellschaftlich akzeptiertes Vorgehen – außer in Lausanne. In Berlin waren sie jedoch ein probates Mittel.
2. Erfolgreiche Bibliotheksproteste sind oft das Ergebnis einer erfolgreichen Arbeit in Netzwerken, die im besten Falle weit vor den eigentlichen Protesten begonnen haben. Die Pflege dieser Netzwerke – egal ob formell oder nicht-formell organisiert – bedeutet immer zusätzliche Arbeit für die Bibliothek.
3. Die betroffenen Bibliothekarinnen und Bibliothekare beteiligen sich erstaunlich selten direkt an solchen Interventionen. Der Grund dafür ist bislang nicht ersichtlich, außer in den wenigen Fällen, in denen Gemeinde- oder Kantonsangestellten eine aktive Beteiligung untersagt wurde.

Eine formelle Interessenvertretung, wie zum Beispiel ein Freundeskreis oder eine Gönnervereinigung, können im Krisenfall die Anliegen der Bibliothek offiziell vertreten, falls diese den Mitarbeitenden nicht möglich oder erlaubt ist.



Zumindest in der Schweiz haben vor allem Öffentliche Bibliotheken einen relativ guten Stand, müssen sich weniger um das Überleben sorgen und eher um langfristige, strategische Ausrichtungen kämpfen.

4. Die Mobilisierung der Bevölkerung, die grundsätzlich die Anliegen der Bibliotheken unterstützt, verspricht am meisten Erfolg. Je nach politischem System sind dafür unterschiedliche Instrumente denkbar – in der Schweiz von der unverbindlichen Petition über die verbindliche Motion bis hin zu einer Volksinitiative oder einem Referendum. In anderen Staaten müssen die dortigen politischen Möglichkeiten genutzt werden.

## 5 Quellen

[Bibliofreak Schweiz (ohne Jahr) [www.bibliofreak.org](http://www.bibliofreak.org) (29.09.2014)]

[Canadian Library Association (ohne Jahr). CLA Toolkit: Budget Cuts to Federal Libraries. Ottawa: Canadian Library Association]

Dora, Cornel (2013). Das neue Bibliotheksgesetz des Kantons St. Gallen. Ein Impuls für die schweizerische Bibliotheksgesetzgebung. In: LIBREAS. Library Ideas 8 (2013) 22, <http://libreas.eu/ausgabe22/03dora.htm> (29.09.2014).

Dora, Cornel (2012). Eine Bibliotheksstrategie für die Schweiz. In: Bibliothek, Forschung und Praxis 36 (2012) 1, 78-86

Schuldt, Karsten (2008a). Kiezbezogene Proteste für Bibliotheken 2007-2008. Eine Interview-Collage mit Michael Haufe, Tom Schweers und Peter Venus. In: LIBREAS. Library Ideas 4 (2008) 12, <http://libreas.eu/ausgabe12/002schu.htm> (29.09.2014)

Schuldt, Karsten (2008b). Auseinandersetzungen um die Aufgabe von Bibliotheken vor dem Hintergrund modernen bürgerschaftlichen Engagements. Anmerkungen zu den Debatten um die Schließung kleinerer Öffentlicher Bibliotheken in Berlin 2007-2008. In: LIBREAS. Library Ideas 4 (2008) 12, <http://libreas.eu/ausgabe12/001schu.htm> (29.09.2014)

## Autoren

Rudolf MUMENTHALER, HTW Chur, Pulvermühlenstraße 57, CH-7004 Chur  
<http://ruedimumenthaler.ch>  
[rudolf.mumenthaler@htwchur.ch](mailto:rudolf.mumenthaler@htwchur.ch)

Karsten SCHULDt, HTW Chur, Pulvermühlenstraße 57, CH-7004 Chur  
<http://bildungundgutesleben.wordpress.com>  
[karsten.schuldt@htwchur.ch](mailto:karsten.schuldt@htwchur.ch)

i Der Quartierverein Reussbühl hat einige Dokumente auf seiner Homepage zusammengefasst:  
<http://qv-reussbuehl.ch/index.php?page=bibliothek> (29.09.2014)